

Infotext

Beim Referendum am 23. Juni 2016 entschieden sich die Wählerinnen und Wähler in Großbritannien (GB) für den Brexit, den Austritt aus der Europäischen Union. Rund 52 Prozent stimmten dafür, 48 Prozent sprachen sich dagegen aus. Damit will erstmals in der Geschichte der europäischen Einigung ein Mitgliedsland aus der Gemeinschaft austreten.

Was bedeutet der Brexit?

Europäische Staaten haben mit ihrem Beitritt zur EU (Zeitfragen, S. 198, M1) eigene Zuständigkeiten an überstaatliche Institutionen der Gemeinschaft übertragen. Damit folgten sie einem Grundsatz, der seit dem Zweiten Weltkrieg die internationale Politik in wichtigen Bereichen bestimmt hat: Es gibt immer mehr politische Aufgaben, die überstaatliche (= supranationale) Zusammenarbeit und gemeinsame Entscheidungen notwendig machen. Dazu haben die Mitgliedstaaten Teile ihrer eigenen *Souveränität* an die EU und deren Einrichtungen übertragen (Zeitfragen, S. 200f. und S. 206f.).

Das Ergebnis des Referendums vom Juni 2016 bedeutet: Die Mehrheit der Briten und Britinnen will diese Übertragung von Souveränität an supranationale Einrichtungen der EU wieder rückgängig machen und politische Entscheidungen künftig in eigener Zuständigkeit, d.h. ohne den Zwang zur Abstimmung mit 27 EU-Staaten, treffen.

Brexit nach Plan?

Um den Austritt aus der EU vertraglich zu regeln, müssen GB und die EU in Verhandlungen klären,

- unter welchen Bedingungen das Land aus der EU austreten und sich aus seinen bisherigen Verpflichtungen gegenüber der EU lösen kann und
- nach welchen Grundsätzen die Beziehungen zwischen beiden Seiten in der Übergangsphase und in der Zeit danach gestaltet werden sollen.

Eine besondere Hürde stellt die *Nordirland-Frage* dar, weil Nordirland zwar einerseits zu GB gehört, aber andererseits enge wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zum EU-Mitglied Irische Republik hat.

Wichtige Stationen der noch offenen Verhandlungen sind:

- Ende 2018/Frühjahr 2019: Abstimmungen über die Brexit-Vereinbarungen (Ratifizierung) durch das britische Parlament, den Rat der EU (Ministerrat) und das EU-Parlament
- 29. März 2019: vertragsgemäßes Ende der britischen EU-Mitgliedschaft
- bis 31. Dezember 2020: Übergangsphase für GB mit Binnenmarkt (für Güter) und Zollunion; endgültige Vereinbarungen über die künftigen Beziehungen EU – GB; sie müssen zusätzlich durch die Parlamente der 27 Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Die Hauptkonfliktpunkte: die „vier Freiheiten“ und Nordirland

Im Zentrum der Verhandlungen über den Brexit und die künftigen Beziehungen stehen die *vier Freiheiten*, also die *Freizügigkeit* für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital (Zeitfragen, S. 197, M1). Diese vier Freiheiten bilden seit der Verwirklichung des *Binnenmarkts* (1993) die Grundlage für die Beziehungen innerhalb der EU. Aus Sicht der EU gehören sie untrennbar zusammen. Premierministerin May dagegen möchte nur ausgewählte Regelungen der vier Freiheiten beibehalten, andere lehnt sie für die Zukunft ab. In der *Nordirland-Frage* geht es darum, wie der Austausch zwischen Irland und Nordirland möglichst ungehindert weitergehen kann, obwohl beide Seiten nach dem Brexit von einer EU-Außengrenze getrennt werden. Die EU und die britische Regierung haben zu beiden Themen unterschiedliche Positionen (M1).

Die Zeit wird knapp

Nachdem bisher keine Übereinstimmung vor allem in der Nordirland-Frage erreicht wurde, wird es zunehmend fraglich, ob – wie vorgesehen – ein Brexit-Vertrag bis 29. März 2019 verabschiedet werden kann. Auf beiden Seiten des Kanals werden inzwischen Ersatzstrategien für einen Austritt ohne Vertrag, den sogenannten *No-Deal-Brexit*, vorbereitet. Eine Verschiebung des Schlusstermins, um weiter verhandeln zu können, ist nur dann möglich, wenn alle EU-Mitgliedstaaten zustimmen.

Die britische Gesellschaft – gespalten?

Im Herbst 2018 ist noch nicht endgültig klar, welchen Weg die britische Regierung gehen will – oder kann. Denn auch die britische Gesellschaft und die großen Parteien sind beim Thema Brexit gespalten. Theresa May bekommt dabei von zwei Seiten Widerspruch für ihre Brexit-Politik (M4):

- In der Konservativen Partei (Tory) spricht sich eine Gruppe entschieden für einen „harten Brexit“ aus. Rund 40 Parlamentsabgeordnete wollen mit dem Austrittstermin sofort alle bisherigen Bindungen an die EU lösen – notfalls auch gegen den Widerstand der EU und ohne Vertrag (der „No-Deal-Brexit“).
- Auf der anderen Seite bekommen die „Remainer“ inner- und außerhalb des Parlaments immer mehr Zulauf (to remain: bleiben). So fürchten vor allem Jugendliche, die negativen Folgen des Brexits tragen zu müssen. Ziel dieser Opposition ist es, den Brexit insgesamt zu verhindern. Über den Weg dahin gibt es unterschiedliche Vorstellungen: Einige wollen ein zweites Referendum, um über die Ergebnisse der Brexit- Verhandlungen abzustimmen. Andere gehen weiter und werben für Neuwahlen zum britischen Unterhaus, in der Hoffnung, mit einer neuen parlamentarischen Mehrheit die Regierung May ablösen zu können. Zu Neuwahlen könnte es auch kommen, wenn der Brexit-Vertrag im britischen Parlament keine Mehrheit bekommt. Dann könnte die Premierministerin das Unterhaus auflösen und Neuwahlen vor Ende März 2019 anordnen.

Material

M1 Die Positionen zu Binnenmarkt, Freizügigkeit und Nordirland (Anfang November 2018)

Positionen der Europäischen Union	Positionen der Regierung May
<p>(1) Zu Binnenmarkt und Freizügigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel ist die Einheit (= Integrität) der „vier Freiheiten“; Binnenmarkt und Zollunion gehören zusammen - keine separaten Vereinbarungen für einzelne „Freiheiten“, etwa für Waren („Rosinenpickerei“) <p>(2) Zur Nordirland-Frage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Garantie der historischen Verbindungen zwischen Nordirland (GB) und der Republik Irland (EU) - Freizügigkeit für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital zwischen beiden Teilen Irlands - keine („harte“) Außengrenze mit regelmäßigen Grenzkontrollen zwischen Irland und Nordirland - stattdessen: Kontrolle des Ost-West-Handels zwischen Nordirland und der britischen Hauptinsel, um zu verhindern, dass Waren aus Drittstaaten über GB in die EU gelangen 	<p>(1) Zu Binnenmarkt und Freizügigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion - stattdessen: neues Freihandelsabkommen mit der EU für Waren und ausgewählte Agrarprodukte (= Teil-Binnenmarkt), aber: - keine Freizügigkeit für Personen, Dienstleistungen und Kapital - Austritt aus dem gemeinsamen EU-Agrarmarkt - Anspruch auf unbegrenzte staatliche Souveränität <p>(2) Zur Nordirland-Frage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nordirland ist Bestandteil des britischen Staats- und Wirtschaftsgebietes; dessen Geschlossenheit und Einheitlichkeit (= Integrität) muss gewahrt bleiben - Der EU-Vorschlag verletzt die britische Souveränität und die Integrität des britischen Wirtschaftsgebiets - stattdessen: flexible („sanfte“) Grenze zwischen Nordirland und Irland, gemeinsam vereinbarte Regeln sollen verhindern, dass Waren aus Drittstaaten in die EU gelangen und die Zollunion verletzt wird
<p>Infos in Zeitfragen: → Vier Freiheiten und Binnenmarkt: S. 196f., M1 und M2 → Zollunion: S. 197, M2 → Souveränität: S. 126 und S. 200</p>	

M2 Nordirland-Konflikt: Stolperstellen aus der Geschichte

Die überwiegend katholischen Iren wurden lange Zeit von den mehrheitlich protestantischen Engländern regiert. In dieser Zeit gab es immer wieder Widerstand gegen die englische Herrschaft, gleichzeitig siedelten sich v.a. in Nordirland protestantische Zuwanderer aus England und Schottland an. Im 20. Jahrhundert kam es zum Unabhängigkeitskrieg zwischen Irland und GB. 1921 wurde schließlich


vereinbart, dass die *Republik Irland* unabhängig wird und *Nordirland* Bestandteil von GB bleibt. Aber diese Teilung Irlands wurde nicht von allen Iren anerkannt. Vor allem die Katholiken in Nordirland und in der Republik Irland versuchten weiter, die Anbindung des Nordens an die Republik Irland durchzusetzen, teilweise auch gewaltsam. In Nordirland gab es deshalb jahrelange bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen katholischen (pro-irischen) und protestantischen (pro-britischen) Gruppen. Mehr als 3 500 Menschen starben. Erst 1998 wurde mit dem „Karfreitagsabkommen“ ein Prozess eingeleitet, der zur Aussöhnung führen soll. Irland und GB traten 1973 der EU bei. Durch die gemeinsame EU-Mitgliedschaft normalisierten sich die Beziehungen und der Austausch zwischen beiden Seiten der nordirischen Grenze. Brexit-Gegner sehen in der EU-Mitgliedschaft beider Seiten eine wichtige Voraussetzung, um den Friedensprozess und die Aussöhnung auch weiterhin zu sichern.

(Autorentext)

M3 Für und Wider – welche Auswirkungen kann der Brexit für GB haben?

Brexit-Befürworter: positive Auswirkungen	Brexit-Kritiker: negative Auswirkungen
<ul style="list-style-type: none"> - GB gewinnt mit dem Brexit die volle Souveränität zurück. Sein internationales Gewicht wird dadurch wieder wachsen. - Mit der Kontrolle über die Grenzen kann GB seine Einwanderungspolitik steuern. - Die britische Wirtschaft ist global wettbewerbsfähig, v.a. die Finanzwirtschaft. Künftig muss das Land keine Rücksicht auf wirtschaftlich schwächere Staaten in der EU nehmen. - GB kann in eigener Zuständigkeit weltweit günstige Zoll- und Freihandelsabkommen schließen. - Der britische Haushalt wird entlastet, wenn die Zahlungen in den EU-Haushalt wegfallen. - Wenn der freie Zuzug von Arbeitskräften aus anderen EU-Ländern gestoppt wird, werden die britischen Sozialkassen entlastet. 	<ul style="list-style-type: none"> - Mit dem Brexit verliert GB an Gewicht gegenüber den „großen Playern“ USA, China und EU. - In der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die EU-Staaten aufbauen wollen, kann GB nicht mehr mitentscheiden. - Mehr als 40 Prozent der britischen Exporte gehen in EU-Länder. Nach Schätzungen des britischen Arbeitgeberverbands hängen drei Millionen Arbeitsplätze davon ab. - GB muss neue Handelsabkommen mit der EU schließen. Lange Verhandlungen und neue Zölle werden die wirtschaftliche Entwicklung belasten. - Ohne Personenfreizügigkeit werden in einigen wichtigen Bereichen (z.B. im Gesundheitswesen) Arbeitskräfte fehlen.

M4 Innenpolitische Kritiker des Regierungsplans

„Harter Brexit“ / No-Deal	PM Theresa May Plan der Regierung	„People’s Vote“
<p>Slogan: „Brexit heißt Brexit“ – keine zweite Abstimmung</p> <p>Ziel: souveränes Britannien = vollständige Trennung von EU-Bindungen, notfalls ohne Vertrag (no-deal), eigenständige Handels- und Zollverträge</p> <p>Anhänger: Abgeordnete der Konservativen Partei, außerparlamentarische Bewegung „Leave Means Leave“, einzelne Vertreter von Wirtschaft und Wirtschaftsverbänden</p>		<p>Slogan: „Offenes Britannien“ – “Best for Britain”</p> <p>Ziel: Volksbefragung über die Regelungen im endgültigen Brexit-Vertrag, alternative Forderung: Neuwahlen zum Parlament</p> <p>Anhänger: Abgeordnete aller Parteien, Mehrheit der Labour-Party-Mitglieder, zahlreiche Jugendliche, Initiativen von Künstlern, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Finanzverbände</p>

Aufgaben

1. Wenn GB aus der EU austritt, müssen bisher gültige Vereinbarungen zwischen beiden Seiten geändert werden. Klären Sie die bisherige Rechtslage: Nennen Sie die wichtigsten Regeln, die für die Zusammenarbeit der EU-Mitglieder untereinander gelten. (Zeitfragen S. 196f., M1, und S. 200f.)
2. In den bisherigen Verhandlungen unterscheiden sich die Positionen der EU-Länder und der britischen Regierung. Der politische Konflikt zeigt sich besonders in der Frage, welche Rolle die „vier Freiheiten“ in den künftigen Beziehungen spielen sollen (M1).
 - a) Arbeiten Sie heraus, worin sich die Positionen der britischen Regierung von den Verhandlungsvorgaben der EU bislang unterscheiden.
 - b) Auf beiden Seiten spielt der Begriff der „Integrität“ eine Rolle. Erklären Sie, worauf die britische Seite dieses Argument bezieht und worauf die EU.
3. Bei der Ankündigung des Referendums sagte der damalige Premierminister David Cameron 2013: „Wir haben den Charakter eines Inselvolks... wir verteidigen leidenschaftlich unsere Souveränität.“ Überprüfen Sie M1 und M3:
 - a) Welche Positionen der *Brexit-Befürworter* entsprechen Camerons Aussage?
 - b) Was spricht aus Sicht der *Brexit-Gegner* dafür, dass GB weiterhin auf Teile seiner Souveränität verzichtet?
4. In der aktuellen Politik können auch historische Konflikte eine Rolle spielen. Der Nordirland-Konflikt ist ein Beispiel dafür.
 - a) Ergänzen Sie die Informationen in M2 durch eigene Internet-Recherche, vor allem zu diesen Stichworten: Nordirlandkonflikt: Teilung Irlands (1921), Karfreitagsabkommen (1998), Friedensprozess (1990er Jahre).
 - b) Überprüfen Sie dann auf der Grundlage Ihrer Ergebnisse nochmals M1: Auf welche Weise sollen in den aktuellen Vorschlägen beider Seiten die geschichtlichen Belastungen und traditionellen Verbindungen berücksichtigt werden?
5. Der Streit über den Brexit strahlt über Großbritannien aus. Vor allem Jugendliche wollen politisch Stellung beziehen und sich engagieren. In GB ist z.B. die Netz-Plattform „Our Future – Our Choice“ aktiv (<https://www.ofoc.co.uk/>).
Recherchieren Sie nach politischen Initiativen in Ihrer Region und darüber hinaus: Wer ist aktiv, welche Ziele haben die Initiativen?